

Karlsruhe in Baden-Württemberg



Zur Entwicklung der Stadt nach dem Verlust der Hauptstadtfunktion*

„In der Tat kann nur eine gewissenhaft durchgeführte echte Parität [...] auf die Dauer die Zusammenfassung in einem Land sichern. [...] Es darf nicht der preußische Fehler einer Überzentralisation in kleinem Maßstab in Stuttgart wiederholt werden.“¹ Dies ist nicht etwa ein Zitat aus der in unseren Tagen geführten Auseinandersetzung über die Behördenverlagerung in die Landeshauptstadt. Die Feststellung stammt aus einem Schreiben vom 15. Juli 1946 an den Ministerpräsidenten in Stuttgart. Der dies schrieb, war der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe und spätere langjährige Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Hermann Veit. Damals ging es um die Verteilung der Behörden in dem von der US-Militärregierung im September 1945 geschaffenen Land (Nord)Württemberg-(Nord)Baden. Konkreter Anlass für Veits Demarche an den Ministerpräsidenten war die Ansiedlung des Landesrechnungshofes. Veit war äußerst besorgt darüber, dass durch den Verlust der Hauptstadtfunktion und dem damit verbundenen Abzug der zentralen Landesbehörden, Karlsruhe „auf eine dritte oder vierte Städtstufe heruntergedrückt werde.“² Die Landesregierung gab in Falle des Rechnungshofes nach und machte Karlsruhe zu dessen Sitz, beließ jedoch eine Außenstelle in Stuttgart. Kurz bevor Veit Anfang 1947 in das Stuttgarter Wirtschaftsministerium wechselte, resümierte er die Verteilungskämpfe dahin, dass „die Staatsregierung den Grundgedanken des Ausgleichs nicht angenommen hat. [...] Es ist vorauszusehen, dass die Regelung, den badischen Belangen dadurch Rechnung zu tragen, dass man die Behörden jeweils doppelt errichtet, eines Tages

an der notwendigen Sparsamkeit und Verwaltungsvereinfachungen scheitern kann.“³

Mit diesem Blick auf einen Vorgang im Jahre 1946 ist ein zentrales Thema der Karlsruher Stadtgeschichte seit dem Kriegsende erfasst, das nicht erst mit der Gründung des Südweststaates in den Vordergrund trat. Ein Ziel aller Verantwortlichen der Stadtverwaltung war es, der als Residenz und Regierungssitz gegründeten Stadt nach 230 Jahren eine neue Identität zu geben und ihr zugleich weitgehende zentralörtliche Funktionen zu erhalten. Diese im Folgenden skizzierte erfolgreiche Bewahrung Karlsruhes vor dem Absturz in die provinzielle Bedeutungslosigkeit hat daher nichts mit der in den vergangenen Jahren in der Presse vor allem auch in der Landeshauptstadt zitierten sogenannten „Badenfrage“ zu tun. Die Karlsruher Stadtverwaltung hat lediglich einmal 1949 auf Betreiben der CDU durch einen Beschluss des Gemeinderats gefordert, Karlsruhe müsse wieder Landeshauptstadt werden. Ein Beschluss, den der Oberbürgermeister eher in der Weise verfolgte, dass er in Stuttgart auf Zusicherungen für den Ausgleich der durch Behördenabzug entstehenden Verluste drängte. Die politischen Repräsentanten haben sich seither in keiner Phase der Entwicklung gegen den Südweststaat ausgesprochen. Die vor allem seit den 1990er Jahren erneut aufflammenden öffentlichen Debatten drehten sich vielmehr im Kern um die Frage, wie viel Zentralität verträgt bzw. wie viel Dezentralität benötigt das mit einem „verfassungsrechtlichen Geburtsmangel“⁴ neugeschaffene Bindestrichland, um den inneren Zusammenhalt zu gewährleisten.⁵ Das Etikett „Badenfrage“ ist in diesem Zusammenhang

kontraproduktiv, weil es den Blick von dem eigentlichen Thema, der Zukunft des Landes, ablenkt und zurückwendet.

VERLUST DER HAUPTSTADTFUNKTION

Bereits im September 1945 wurde klar, dass die Stadt Karlsruhe durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges weit fundamentaler getroffen war, als die enormen, aber doch weitgehend reparablen Kriegszerstörungen erahnen ließen. Anfang September 1945 durfte sich Karlsruhe noch als Landeshauptstadt sogar in doppeltem Sinn fühlen. Im Gebäude der Münze agierte die von der französischen Besatzungsmacht installierte Verwaltung für das von den Franzosen besetzte Südbaden unter Leitung von Alfred Bund, dem ehemaligen Leiter der Finanzabteilung des badischen Wirtschafts- und Finanzministeriums. Ganz in der Nähe, in der Hauptpost, residierte die von den Amerikanern gebildete Verwaltung für das amerikanisch besetzte Nordbaden unter Leitung des früheren badischen Staatspräsidenten und Reichsfinanzministers Heinrich Köhler. Die Selbständigkeit des nordbadischen Landeskommisariatsbezirks endete jedoch mit der Proklamation des Landes Württemberg-Baden durch General Eisenhower am 19. September 1945 und dem von den Amerikanern erzwungenen Eintritt Köhlers als stellvertretender Ministerpräsident in die Landesregierung von Württemberg-Baden unter Reinhold Maier am 29. Oktober 1945. Diesen Tag bezeichnete Köhler als „Unglückstag für das badische Volk“.⁶ Als Sitz der Landesregierung hatten die Amerikaner Stuttgart bestimmt und damit letztlich auch eine Vorentscheidung für die weitere Entwicklung getroffen. Der daraus resultierende Verlust der Hauptstadtfunktion hat die Stadt Karlsruhe in ihrer Substanz und Struktur tiefgreifend verändert.

Die endgültige Bestätigung des bereits 1945 eingetretenen Verlustes erfolgte nach einem langen und zähen Ringen um die Bildung des Südweststaates.⁷ Diese Neugliederungsdebatte hatten die Alliierten in Gang gebracht, als sie im Juli 1948 die deutschen Ministerpräsidenten beauftragten eine Verfassung auszuarbeiten und die Ländergrenzen zu überprüfen. Die folgenden Diskussionen zwischen den drei Lan-

desverwaltungen in Stuttgart, Freiburg und Tübingen verstrickten sich aber schnell in den unterschiedlichen Interessenlagen der drei Nachkriegsländer. Württemberg-Hohenzollern strebte die Vereinigung der beiden Vorkriegsstaaten an. In Württemberg-Baden sprachen sich die meisten politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen ebenfalls für die Vereinigung aus, wobei auf keinen Fall die gewonnene Einheit der beiden nördlichen Landesteile gefährdet werden sollte. Allerdings erhoben Teile der nordbadischen CDU ab Februar 1949 die Forderung nach Wiederherstellung Badens und Karlsruhes als Landeshauptstadt. Sie schlossen sich damit der von Anfang an einhelligen Meinung der Regierung Süd-(Badens) und der dortigen CDU an. So musste denn der Kampf um den Südweststaat, wie es der Artikel 118 des



In Karlsruhe wurden die Auseinandersetzungen um die Bildung des Südweststaates besonders heftig geführt. Plakatwände am Ettlinger Tor zur Volksabstimmung am 9. Dezember 1951. (Foto: StadtAK BA Schlesiger/A 1/70/4/3)

Grundgesetzes vorsah, durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Dem war aber eine Volksabstimmung vorzuschalten. Über den Modus dieser Abstimmung bestanden schon seit 1948 unterschiedliche Ansichten. Die Südbadener wollten nach den alten Ländern getrennt abstimmen, während die beiden anderen Landesverwaltungen getrennt nach vier Bezirken wählen lassen wollten. Die Landesverwaltungen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern sprachen sich aus gutem Grund für diesen Modus aus, denn demoskopische Befragungen im April 1950 hatten ergeben, dass in beiden Teilen Württembergs die Zustimmung zum Südweststaat hoch war. Dagegen

hätte Baden mit sehr knapper Mehrheit den Südweststaat abgelehnt, wobei Südbaden deutlich dagegen und Nordbaden mit einer nur knappen Mehrheit dafür gewesen wäre. Eine Volksbefragung im September 1950 bestätigte dieses Ergebnis mit großer Genauigkeit: Zustimmung zum Südweststaat in beiden Teilen Württembergs mit über 90%, in Nordbaden Ablehnung durch 42,6% und in Südbaden durch 57,4%, in Baden insgesamt Ablehnung mit 50,7%. Der Südweststaat war also nur mit dem Vier-Bezirke-Wahlmodus, die weitere Existenz Badens nur mit der Abstimmung nach den alten Ländern zu erreichen. Der Bundestag beschloss schließlich am 25. April 1951 den Abstimmungsmodus, nach dem in allen vier Landesteilen die Stimmen getrennt gezählt und dann festgestellt werden sollte, ob mehr Bezirke für oder gegen die Neugliederung abgestimmt haben. Die Abstimmung am 9. Dezember 1951 fand allerdings erst statt, nachdem das gerade konstituierte Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in seiner ersten Entscheidung die Klage der (süd-)badischen Regierung gegen das Neugliederungsgesetz und insbesondere gegen den Abstimmungsmodus mit einem 6:6 Patt der Richterstimmen abgewiesen hatte. Das Ergebnis der Volksabstimmung entsprach den Erwartungen: In den württembergischen Landesteilen gab es 90%-Mehrheiten für den Südweststaat, Südbaden votierte mit 62,2% für Baden und in dem am heftigsten umkämpften Nordbaden entschieden sich 57,1% für den Südweststaat. In der Stadt Karlsruhe wollten 68,4% der Wähler und Wählerinnen das alte Land Baden und damit Karlsruhe als Landeshauptstadt erhalten.⁸

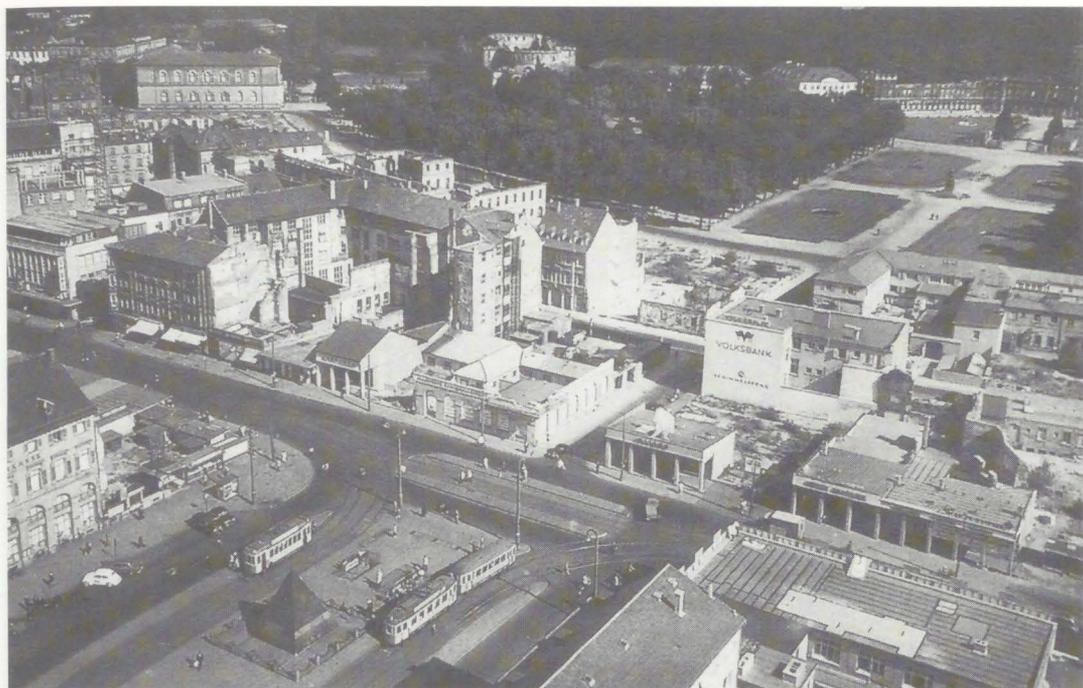
Mit dem Abstimmungsergebnis und der am 25. März 1952 vollzogenen Bildung der provisorischen Regierung war die Gründung des neuen Bundeslandes vollzogen, und der Landesbezirk Nord-Baden wurde zum Regierungsbezirk zurückgestuft. Für Karlsruhe bedeutete dies die endgültige Bestätigung des bereits 1945 eingetretenen Verlustes seiner 230 Jahre lang bestehenden Funktion als Landeshauptstadt. Daran änderte auch die weitere Entwicklung der Südweststaatsfrage nichts mehr. 1956 musste sich das Bundesverfassungsgericht erneut mit dem Thema befassen. Mit Urteil vom 30. Mai ordnete das Gericht ein Volksbegehren

an, das eine neue Volksabstimmung zum Ziel hatte. Die Begründung des Spruchs beinhaltete auch eine deutliche Kritik an dem eigenen, mit einem 6:6 Patt der Richterstimmen zu Stande gekommenen Urteil von 1951. In der Begründung heißt es nämlich, durch den Abstimmungsmodus sei 1951 „der Wille der badischen Bevölkerung . . . überspielt worden.“⁹ Schon 1951 hatten die „Badischen Neuesten Nachrichten“ von der „schweren moralischen Hypothek“ des Abstimmungsverfahrens gesprochen.¹⁰ Im September 1956 war das Volksbegehren erfolgreich, der Weg für eine neue Volksabstimmung in Baden war frei. Es begann damit aber auch, was man den „baden-württembergischen Belagerungszustand“ genannt hat, denn bis zur Durchführung des Volksentscheids 1970 stand die Staatstätigkeit im Zeichen des Provisoriums.

DAS ENTWICKLUNGSKONZEPT FÜR KARLSRUHE

In Nordbaden stand während des Kampfes um die Südweststaatsentscheidung das Schicksal der ehemaligen Hauptstadt immer wieder im Blickpunkt. Nach manchen Presseberichten schien die Zukunft geradezu von der Frage abhängig, ob Karlsruhe wieder Landeshauptstadt würde.¹¹ Von der „Stadt im toten Winkel“ oder der „Stadt im Schatten“ von Stuttgart war die Rede, gefragt wurde, ob Karlsruhe eine „tote“ Stadt sei, und schließlich die Volksabstimmung zur Entscheidung über „Aschenbrödel oder Landeshauptstadt“ stilisiert. Andere Stimmen sahen dagegen eine durchaus positive Entwicklung der Stadt im Südweststaat voraus. Die Stadt werde als Behörden- wie Industriesitz krisenfest sein.

Erste Konturen einer Planung für Karlsruhe ohne Regierungssitz stammen aus der Zeit des Dritten Reichs. Die Stadtverwaltung sah sich mit dem Problem konfrontiert, als nach der Annexion Elsaß-Lothringens Gauleiter Wagner plante, die Gauhauptstadt nach Straßburg zu verlegen. Es blieb zwar weitgehend bei den Absichten, die Stadtverwaltung plante aber dennoch für den Ernstfall. Der Oberbürgermeister rechnete dem Gauleiter vor, dass für jeden abziehenden Beamten vier bis fünf Arbeiter angesiedelt werden müssten, um die Wirt-



Blick vom Turm der Stadtkirche auf den Marktplatz der früheren Residenz- und Landeshauptstadt Karlsruhe um 1952. Stadtkirche und Rathaus (nicht im Bild) sind noch im Wiederaufbau. An der Kaiserstraße stehen eingeschossige Behelfsbauten der Ladengeschäfte. Im Bildhintergrund rechts das bis auf die Außenmauern zerstörte Schloss, in der Mitte die Theaterruine.

(Foto: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe. Diaserie: Karlsruhe. Eine neuzeitliche Stadtentwicklung, Bild 29)

schaftskraftverluste auszugleichen. Zudem sei die Entwicklung Karlsruhes als Verkehrskreuz der Ost-West und Nord-Süd-Verbindungen durch Ausbau des Karlsruher Flughafens, des Rheinhafens und des Autobahnnetzes zu fördern. Die Stadt müsse als Industrie- und Handelsplatz etabliert werden. Zugleich solle es aber kulturelles Zentrum bleiben durch Förderung der Technischen Hochschule und der bestehenden Kultureinrichtungen des Landes. Gutachten zur Entwicklung der Verkehrsachsen und der Schaffung von Flächen für Wohnungsbau und Gewerbegebiete wurden in Auftrag gegeben. Nach 1945 knüpften die Verantwortlichen daran an und planten den Ausbau der Industrie und des Handels bei gleichzeitiger Erhaltung möglichst zahlreicher Behörden. Für unverzichtbar hielten sie den Charakter der Stadt als Zentrum von Kunst und Bildung.

Die Berechtigung der Karlsruher Ansprüche auf einen Ausgleich für die Verluste durch den Abzug der Regierungsbehörden erkannten Bundes- wie Landesregierung an.

Durch die Lage Karlsruhes im toten Winkel der von den alliierten Mächten quer zu den Verwaltungsgrenzen vorgenommenen Einteilung der Besatzungszonen waren einer solchen Entwicklung jedoch wegen des fehlenden Hinterlandes als Einzugs- und Absatzgebiet zunächst enge Grenzen gezogen. Dementsprechend handelte die Stadt in zwei getrennten Aktionsfeldern. Zum einen stand sie werbend und abwehrend mit dem Land und dem Bund in Kontakt, um Landes- und Bundesinstitutionen nach Karlsruhe zu holen oder zu erhalten. Zum anderen galt es, die Stadt als Standort für Wirtschaftsbetriebe attraktiv zu machen und aktiv Betriebsniederlassungen zu fördern.

BEHÖRDENSITZ KARLSRUHE

Die Verteilungskämpfe um die Ansiedlung von Landesbehörden setzten, wie das Eingangszitat belegt, sehr früh ein und dauerten bis in die 1950er Jahre. Dabei kam es auch zwischen den badischen Städten Karlsruhe und



Der Sitz des am 8. Oktober 1950 feierlich eröffneten Bundesgerichtshofs im ehemaligen Großherzoglichen Palais

(StadtAK 8/BA Verkehrsverein 387)

Mannheim zu Auseinandersetzungen, die auch im Rundfunk ausgetragen wurden. Da der „kalte Krieg um die Behördensitze“ das gute und respektvolle Verhältnis der Städte zu trüben drohte, verlangte Karlsruhes Oberbürgermeister 1954 eine schnelle Entscheidung aller offenen Fragen. In der Bilanz der Bemühungen schnitt dabei Karlsruhe deutlich besser ab als Mannheim. Die Stadt war Mitte der 1950er Jahre Sitz von 20 Bundesbehörden, darunter die beiden höchsten deutschen Gerichte, die Oberfinanzdirektion, das Hauptzollamt sowie die Bundesanstalten für Wasserbau und Lebensmittelfrischhaltung, mit etwa 12 000 Beschäftigten, darunter 90% bei der Bundesbahn und -post. Die Statistik verzeichnet ferner 94 Landesbehörden, darunter die Staatliche Münze, den Rechnungshof, die Staatsschuldenverwaltung, das Versorgungsamt und Außenstellen des Vermessungs- und des Gewerbeamtes, mit zusammen etwa 6700 Mitarbeitern. 105 Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, darunter

die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, das Landesversorgungsamt Baden, die Badische Kommunale Landesbank, die Badische Landeskreditanstalt und den Badischen Gebäudeversicherungs-Verband, mit etwa 2900 Beschäftigten vervollständigen das Bild des Behördenplatzes Karlsruhe mit zentralörtlicher Bedeutung. An dieser Stelle ist auch der badische Energieversorger Badenwerk zu nennen. Tatsächlich hatte Karlsruhe zu dieser Zeit einschließlich der Kommunalbeamten nur etwa 800 Beamtenstellen weniger als im Jahre 1939.

Die Ansiedlung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts 1950 und 1951 waren sicher die wichtigsten Erfolge Karlsruhes bei den Bemühungen um ein neues Selbstverständnis, bezeichnete sich die Stadt seitdem doch als „Residenz des Rechts“. Ihrer Bewerbung von 1949 reichte die Stadt 1950 eine Denkschrift „Karlsruhe als Sitz des Obersten Bundesgerichts“ nach. Darin betont sie die Berechtigung, den Gerichtssitz zu erhal-



Blick auf den Rheinhafen. Die Öltanks am Becken V im Bild rechts unten kündigen vom Strukturwandel des Hafenumschlags weg von der Kohle hin zum Mineralöl.

(Foto: StadtAK BA Verkehrsverein 1563)

ten, da sie bisher für den Verlust der Hauptstadtfunktion nicht entschädigt worden sei. Starke Unterstützung für ihre Bewerbung fand Karlsruhe bei Ministerpräsident Reinhold Maier, Wirtschaftsminister Hermann Veit und Bundesjustizminister Thomas Dehler. Gegen zwölf Mitbewerber und den Willen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer setzte sich schließlich die Karlsruher Bewerbung im Bundestag durch. Als wenig später über den Sitz des Bundesverfassungsgerichts entschieden wurde, erhielt Karlsruhe auch Dank des erneuten Einsatzes von Minister Dehler den Zuschlag. Allerdings sollte dies nur vorläufig bis zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschland gelten. Die Stadt unternahm große Anstrengungen, das Verfassungsgericht 1960/61 zu halten, als sein Domizil im Prinz-Max-Palais zu klein geworden war und München ein attraktives Angebot unterbreitet hatte. Oberbürgermeister Günter Klotz bot im Verein mit dem Land das Gelände des Theaters am Schloss, für dessen Neubau bereits ein

Architektenwettbewerb erfolgt war, für ein neues Gerichtsgebäude an und wich mit dem Theaterbau auf das ehemalige Hauptbahnhofs-gelände am Ettlinger Tor aus.

WIRTSCHAFTSTANDORT AM OBERRHEIN

Voraussetzung für die Neuansiedlung von Industrie war die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Infrastruktur. Für diese Aufgabe wurde 1947 ein Wirtschaftsdezernent berufen und ein Wirtschaftsförderungsausschuss eingesetzt. Bei der Schaffung von Baugelände bewältigte die Stadt von 1945 bis 1950 zwei Probleme im Zusammenhang. Mit dem Großteil der etwa 3 Mio. Kubikmeter Schutt der kriegszerstörten Gebäude konnten die Niederungen um den Hafen aufgeschüttet und so Industriegelände gewonnen werden. Karlsruhe galt daher schon 1947 als die am besten von Trümmern geräumte Großstadt. Auf den bis 1957 bereit gestellten 250 ha neuen Flächen siedelten u. a.

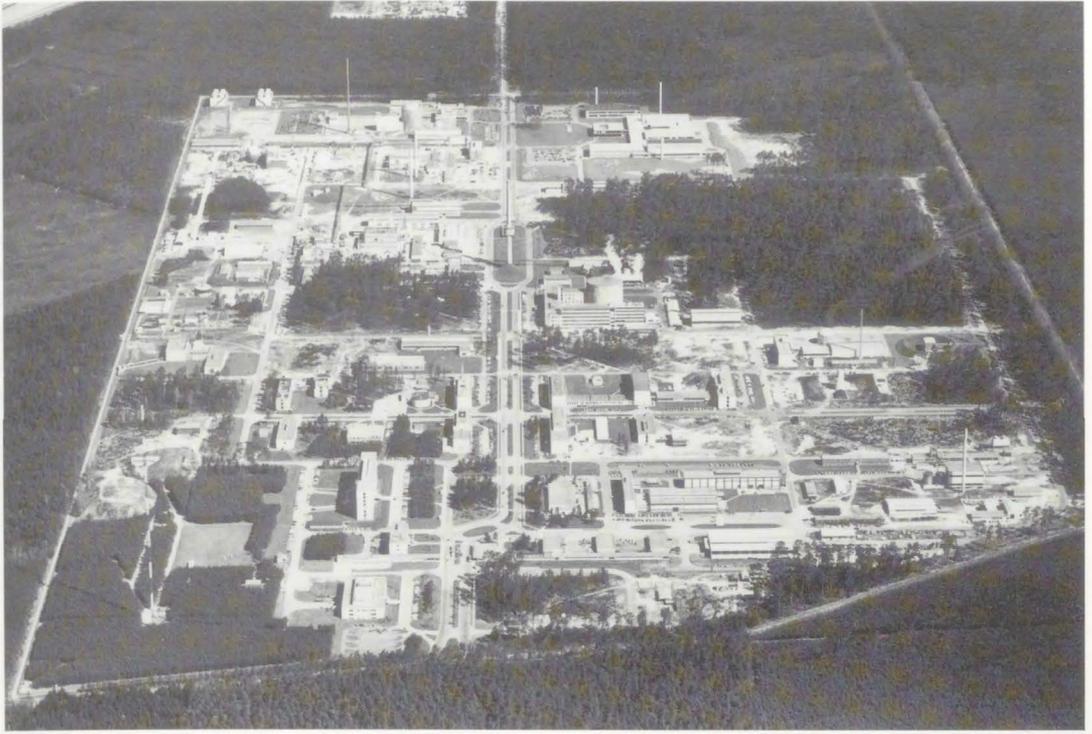
die Firma Siemens, die mit 5000 Beschäftigten bald zum größten Arbeitgeber wurde, die französische Kosmetikfirma L'Oréal, die amerikanische Arzneimittelfabrik Pfizer, der nach Karlsruhe zurückgekehrte französische Reifenhersteller Michelin und die vormals Stettiner Stahlbaufirma Gollnow und das modernste Werk zur Flussspataufbereitung in Europa. Zudem begannen auch die alteingesessenen, vorwiegend metallverarbeitenden Firmen (Nähmaschinen, Küchenherde und Maschinenbau) bald mit ihrer angestammten oder einer neuen Friedensproduktion. Am Rheinhafen entstand 1952 als Energielieferant für die nun rascher wachsende Industrie das Dampfkraftwerk der Badenwerk AG.

Die Entwicklung des städtischen Rheinhafens spiegelt die Probleme aber auch die Erfolge der Entwicklung Karlsruhes zum Industriestandort wie auch die Förderpolitik des Landes und die Verstrickung mit dem Streit um den Südweststaat wider.¹² Investitionen von 6 Mio. DM, davon 2,5 Mio. Landesmittel und 2 Mio. DM Marshallplan-Kredite, waren erforderlich, um die Kriegszerstörungen zu beheben und den Hafen wieder leistungsfähig zu machen. Als die Stadt 1951 das 50-jährige Bestehen ihres Hafens feierte, war der Wiederaufbau fast vollendet. Die Hoffnungen auf einen Aufschwung des Hafens im Zeichen des beginnenden Wirtschaftswunders erhielten allerdings zunächst einen Dämpfer. Nach fast 2 Mio. t Umschlag 1951 ging dieser in den beiden folgenden Jahren auf 1,6 Mio. t zurück. Als Ursache dafür galt der Rhein-Neckar-Kanal. Gegen dessen Weiterbau ab 1949 nach Stuttgart und die Kapazitätssteigerung durch den zweikammerigen Schleussenausbau wehrten sich die oberrheinischen Häfen Mannheim, Karlsruhe und Kehl gemeinsam, da er für sie einen Verlust von 3–4 Mio. t erwarten ließ. Diese Versuche zur Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen gerieten unausweichlich in den Sog der damaligen Auseinandersetzungen um die Bildung des Südweststaats. Dazu trug auch Ministerpräsident Maier bei, als er 1950 den Widerstand gegen den Kanalbau als unbefugte altbadische Agitation zurückwies. Da der Kanalbau im Konzept des bundesweiten Ausbaus der Wasserstraßen gefördert wurde, war er nicht zu verhindern. Enttäuschung bewirkte in Karlsruhe auch der

1956 vom Landtag verabschiedete Generalverkehrsplan, der nach Ansicht des Karlsruher Hafendirektors voll und ganz Industrieballungen im Wirtschaftsraum Heilbronn – Göppingen – Reutlingen – Stuttgart begünstige. Dem wurde die Erwartung einer Dezentralisierung der industriellen Besiedelung und damit eine stärkere Förderung des Karlsruher Wirtschaftsraumes entgegengestellt.¹³

Mitte der 1950er Jahre gestalteten sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Stadt so unerwartet günstig wie seit fast 40 Jahren nicht mehr. Der Wandel in den Beziehungen zu Frankreich im Rahmen der europäischen Bewegung gab dem Standort Karlsruhe eine völlig neue Qualität. Er lag nun nicht mehr nur fernab der Grenze des „Kalten Krieges“. Mit dem Schumann-Plan von 1950, den Verhandlungen über eine europäische Wirtschaftsunion und der Lösung der Saarfrage befand Karlsruhe sich nun an einer zunehmend offeneren Grenze nach Westen. Karlsruhe galt als Standort in der günstigen Lage im Schnittpunkt des Nord-Süd- und des Ost-West-Verkehrs an den Verkehrswegen auf dem Wasser, der Straße und der Schiene. Der Besuch mehrerer leitender Mitarbeiter der Deutsche Erdöl Aktiengesellschaft (DEA) im Juli 1957 in der Stadt machte diese neue Lage deutlich. Die Firma plante im Hinblick auf die von Marseille nach Straßburg im Bau befindliche Ölpipeline die Errichtung einer Erdölraffinerie und wurde sich mit der Stadt am 6. November 1958 handelseinig. Damit konnte sich Karlsruhe in der Konkurrenz gegen Mannheim, Worms und Maximiliansau behaupten. Nach der DEA zeigte auch die Esso AG Interesse am Bau einer Raffinerie in Karlsruhe. 1959, die Landesregierung war inzwischen in die Verhandlungen eingeschaltet worden, konnten die Verträge unterzeichnet werden. Karlsruhe war damit nach Köln und Hamburg zur drittgrößten Basis für die Verarbeitung von Erdöl in Deutschland geworden. Wirtschaftsminister Veit meinte zu dem Erfolg, er sei wie die „Entdeckung eines großen Kohlevorkommens“.¹⁴ Die Hoffnungen auf große Gewerbesteuererinnahmen erfüllten sich jedoch nicht, mit der zunehmenden Produktion entstanden aber die Probleme der Umweltbelastung.

Die Kosten für die Erschließung des Geländes und den Bau eines neuen etwa 8 km nörd-



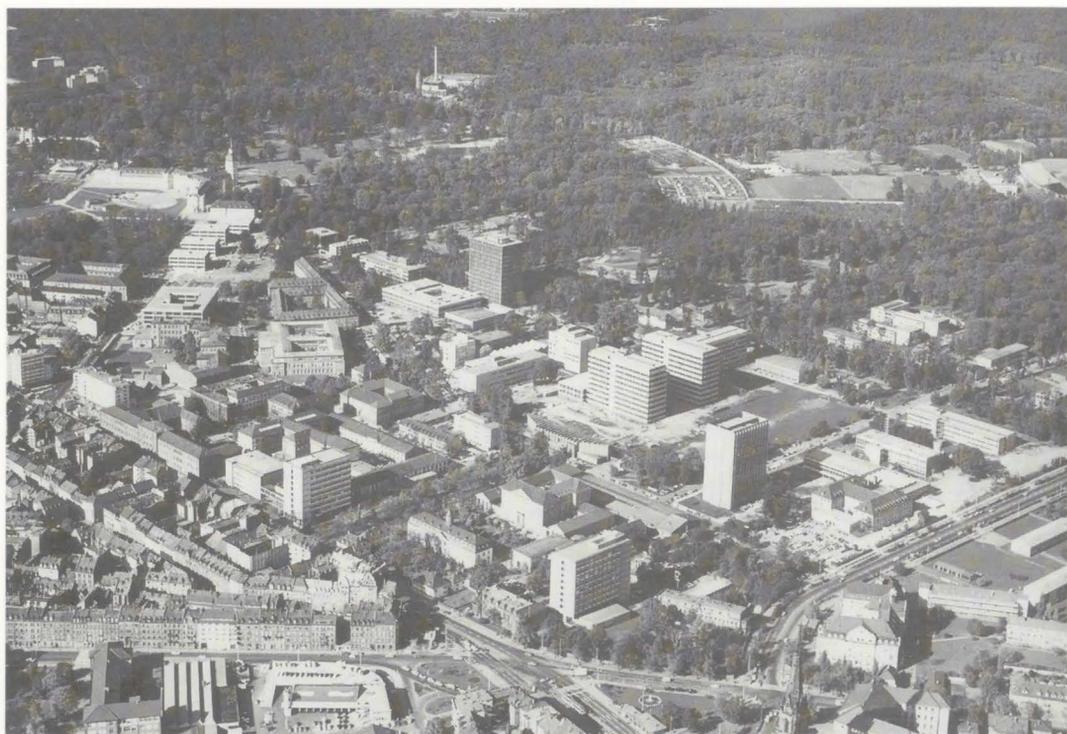
Das seit 1956 angelegte und ausgebaut Gelände des Kernforschungszentrums im Hardtwald nördlich Karlsruhes aus der Luft um 1975 (StadtAK 8/BA Verkehrsverein 3275)

lich des Rheinhafens gelegenen Ölhafens betru- gen etwa 30 Mio. DM, an denen sich das Land mit Krediten von 7 Mio. DM beteiligte.¹⁵ Der erste Öl-Zug verließ die Esso-Anlage am 19. Dezember 1962. Die DEA nahm ihren Betrieb am 10. Mai 1963 auf. Die Ansiedlung der Raffinerien gaben dem bereits erkennbaren Strukturwandel des Karlsruher Rheinhafens schlagartig eine neue Dimension. Nach der Inbetriebnahme der Raffinerien stieg der Karlsruher Rheinhafen schnell zu einem der größten Binnenhafens der Bundesrepublik und zum größten Ölhafen Europas im Binnenland auf.

BAU DES KERNFORSCHUNGSZENTRUMS

Die Raffinerien und der Ölhafen entstanden auf einem Gelände, das kurz zuvor noch als Baugrund für den ersten deutschen Versuchsreaktor vorgesehen war, der dann aber im Hardtwald bei Eggenstein errichtet wurde. Für den Bau des Kernforschungszentrums in Karlsruhe setzte sich das Land mit großem Nach-

druck von Anfang an ein. 1953 reichte Karlsruhe dann bei der Bundesregierung die Bewerbung offiziell ein. In Konkurrenz standen Stadt und Land mit Bayern und München, wobei diese den Vorteil hatten, dass sich der führende deutsche Atomforscher, der Nobelpreisträger Werner Heisenberg, sehr für München stark machte. Die baden-württembergische Regierung beschloss deshalb, die bayerischen Zuschussversprechungen in jedem Fall um mehrere Mio. zu überbieten. Die Entscheidung für Karlsruhe fiel dann 1955 Kanzler Adenauer, nachdem die NATO wegen der Nähe zur tschechischen Grenze den Standort München aus militärischen Gründen ausgeschlossen hatte. Als der Forschungsreaktor 1963 mit voller Leistung arbeitete, war die Industrie aus der anfänglichen Mitfinanzierung ausgestiegen und Bund/Land teilten sich Anteile an der Gesellschaft für Kernforschung im Verhältnis 75:25. Die anfänglichen ersten antiatomaren Proteste der Bundesrepublik in den Anliegergemeinden und in Karlsruhe waren verebbt. Die überragende Bedeutung der Standortentschei-



Luftaufnahme des Karlsruher Universitätsviertels um 1967 mit den deutlich erkennbaren neuen Hochbauten der Nachkriegszeit, links oben das Schloss, rechts unten das Durlacher Tor
 (StadtAK 8/BA Verkehrsverein 3456)

derung für die Region belegen die Investitions- und Betriebskosten, die 1960–66 ca. mit einer dreiviertel Milliarde DM ein Mehrfaches der gesamten Fördermittel des Landes von 1952–1968 betrug, sowie der Jahresetat der größten von 13 deutschen Großforschungseinrichtungen, der z. B. 1985 für 3800 Mitarbeiter etwa 500 Mio. ausmachte.¹⁶ Im Kernforschungszentrum entstanden u. a. das Institut für Transurane der EURATOM, das die internationale Kooperation gewährleistete und ein Institut der TH Karlsruhe (seit 1967 Universität). Die Ansiedlung der ersten deutschen Europaschule, die bis heute besteht, lag in der Konsequenz dieser Entwicklung.

ZENTRUM FÜR KULTUR UND FORSCHUNG

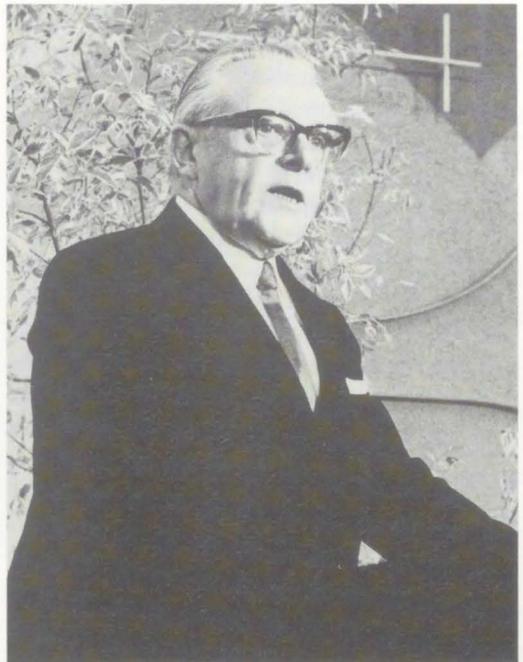
„Zu allen ökonomischen Fakten muss sich [...] eine geistige Aktivität und Anziehungskraft hinzugesellen. Nur dann kann man wirklich Mittelpunkt einer Landschaft sein und bleiben“, erklärte 1960 Oberbürgermeister Günter

Klotz.¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren die kulturellen Traditionen der Stadt gewahrt, da keine der zentralen badischen Kulturinstitutionen in der Stadt der Zusammenlegung der beiden Länder Baden und Württemberg zum Opfer fiel. Das kulturelle Profil der Stadt und ihr Selbstverständnis prägten zuerst das Theater als Mittelpunkt des repräsentativen kulturellen Gemeinschaftslebens. Das Theater wurde allerdings wie auch in Stuttgart künftig zu 50% von der Stadt mitfinanziert. Kunsthalle, Landesmuseum und Naturkundemuseum bildeten den musealen Dreiklang mit großer Anziehungskraft für die Region und darüber hinaus. Technische Hochschule (heute Universität), Akademie der Bildenden Künste, Staatstechnikum (heute Hochschule für Technik – FH), Pädagogisches Institut (heute PH) und die bis 1971 allein von der Stadt und seitdem vom Land mitfinanzierte Staatliche Musikhochschule mit dem Badischen Konservatorium sowie die Badische Landesbibliothek machen Karlsruhe zu einem überregionalen Bildungszentrum. Sie alle wurden, soweit kriegszerstört, wieder auf-

gebaut bzw. den wachsenden Besucherzahlen entsprechend ausgebaut. Für die bedeutendste Karlsruher Hochschule, die TH, war dies 1946 allerdings kurzfristig in Frage gestellt, da erwogen wurde, sie wegen der 80%-igen Zerstörung der Hochschulgebäude mit der Stuttgarter TH zusammenzulegen. Bis 1957 waren die Zerstörungen dann weitgehend behoben, bis 1962 erste Neubauten fertiggestellt und 1972 verfügte die Universität über das dreifache Raumangebot im Vergleich zu 1939. Es gab hier nun aber auch etwa die 4,5fache Anzahl Studierender. Für den Erhalt eines einheitlichen Universitätsviertels überließ die Stadt dem Land Gelände aus dem ansonsten sorgsam gehüteten Bestand des Hardtwaldes.

ZWISCHENBILANZ 1970

Bis zum Jahre 1970 war die ehemalige Landeshauptstadt Badens im Rhythmus der nachkriegsdeutschen Wirtschaftsentwicklung beständig gewachsen. Dies galt für die Bevölkerung, die von etwa 185 000 vor Kriegsausbruch auf knapp 260 000 gewachsen war. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 100 000 im Jahr 1950 auf etwa 165 000 bei einem Pendleranteil von 30% im Jahr 1970. Bemerkenswert ist, dass die Tertiärisierung der Erwerbsstruktur mit fast 60% Beschäftigten in diesen Bereichen im Landesvergleich überdurchschnittlich hoch lag, während die Zahlen im produzierenden Gewerbe unterdurchschnittlichen niedrig blieben. Karlsruhe hatte damit seinen schon vor dem Ersten Weltkrieg erreichten Status als Dienstleistungs- und Handelsstadt gefestigt, weniger jedoch als erstrangiger Industriestandort. In ihrem Selbstverständnis war die Stadt nun die deutsche Residenz des Rechts und das wirtschaftliche Zentrum am mittleren Oberrhein mit einer Vielzahl kulturell hochrangiger Institutionen, wie sie wohl keine Stadt vergleichbarer Größenordnung aufzuweisen hat. Das Erreichen dieses Ziels begünstigten die ökonomischen Rahmenbedingungen des deutschen Wirtschaftswunders. Allerdings hatte die Stadt dazu auch kräftig investieren müssen, was zur Folge hatte, dass sie 1970 bei der Pro-Kopf-Verschuldung aller Großstädte den dritten Rang einnahm. Tatkräftige Unterstützung erfuhr Karlsruhe vor allem durch die vom Bund



Der erste Karlsruher Nachkriegs-Oberbürgermeister und spätere langjährige Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg Hermann Veit. Veit befürwortete die Bildung des Südweststaates, forderte aber unermüdlich eine gerechte Verteilung der Landesbehörden unter Berücksichtigung von Karlsruhes Stellung als ehemalige Landeshauptstadt.

(Foto: StadtAK 8/PBS oIII 1152).

beschlossenen und vom Land geförderten Einrichtungen von Bundesinstitutionen sowie durch die vom Land fortgeführten ehemaligen badischen Kultureinrichtungen. Gegenüber der Landesregierung bedurfte es zur Förderung der Karlsruher Interessen jedoch immer wieder des gelegentlich auch energischen Einsatzes von Landespolitikern aus Karlsruhe, deren Wort Gewicht hatte.¹⁸

Möglicherweise liegt in diesem offensichtlichen Erfolg, Karlsruhe neues Profil und Selbstverständnis zu schaffen, einer der Gründe für das Ergebnis der Volksabstimmung vom 7. Juni 1970. Es hatte vierzehn quälend lange Jahre gedauert, ehe der 1951 „überspielte Wille der badischen Bevölkerung“ erneut durch eine Volksabstimmung über den Südweststaat erkundet werden sollte. In der ehemaligen Landeshauptstadt war erwartungsgemäß auch nach so langer Zeit der Anteil derer Befürworter des früheren Landes Baden mit 36% (1951: 68,4%) am höchsten. Damit hatte sich aber auch hier

eine deutliche Mehrheit für Baden-Württemberg ausgesprochen. Ob aber die volle innere Ausöhnung der Karlsruher und Karlsruherinnen mit dem neuen Bundesland gelingen würde, sah der Kommentator in den Karlsruher „Badischen Neuesten Nachrichten“ zu Recht davon abhängen, ob sich „die Regierenden in Stuttgart neben anderem auch von jenen Tugenden leiten lassen, die im Badischen so hoch geschätzt werden: Fairness und Gerechtigkeit.“¹⁹

ZENTRALITÄTSVERLUSTE

Die erste Nagelprobe für die Beachtung der Karlsruher Interessen und die Einhaltung des Konsenses über die möglichst paritätische Verteilung zentraler Behörden unterhalb der Ministerien stand unmittelbar bevor. Mit dem positiven Entscheid für den Südweststaat konnte die Landesregierung nun befreit von dem „Belagerungszustand“, der ihre Entscheidungsfreudigkeit gehemmt hatte, agieren. Überlegungen für die Schaffung zentraler Landesbehörden hatte es zwar schon vor diesem Stichtag gegeben, mit deren Umsetzung konnte aber jetzt erst begonnen werden. Aus den Landeskreditanstalten der beiden Landesteile sollte eine leistungsfähige Landeskreditbank entstehen. Mit Blick auf den Gesetzentwurf zeigte der Karlsruher Oberbürgermeister Otto Dullenkopf Verständnis für die Schaffung solcher Zentralbehörden und dem damit zu leistenden Rationalisierungsbeitrag für die staatliche Verwaltung, er bat jedoch nachdrücklich darum, Karlsruhe als Sitz der Bank zu bestimmen und nicht nur als Zweigstelle mit der Perspektive der späteren sukzessiven Aufgabe. Ministerpräsident Filbinger stimmte darin mit ihm überein, dass er keinen landesinternen Zentralismus wolle. In der Landeshauptstadt sollten nur die Einrichtungen angesiedelt sein, die unter allen Umständen dort sein müssten.²⁰ Im Landtag, der in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs Stuttgart trotzdem zum Sitz der Bank bestimmte, bedurfte es eines harten Ringens, um in der dritten Lesung doch noch mit knapper Mehrheit den Sitz nach Karlsruhe zu bekommen. Dabei forderte der ehemalige Wirtschaftsminister Veit (SPD) das Recht des Widerstandes gegen einen übertriebenen Zentralismus Stuttgarts. Er mahnte die Abgeordneten: „Strafen Sie uns, die

wir immer erklärten, das größere Land sei die bessere Lösung, nicht Lügen.“²¹

Dieser mit Mühe erreichte Erhalt von Zentralität hielt jedoch nicht lange vor. Bereits Ende der 1970er Jahre wurde die Badische Bank mit der Heilbronner Handelsbank und der Württembergischen Bank zur Baden-Württembergischen Bank vereint, wobei der juristische Sitz nach Stuttgart ging und Karlsruhe drei Vorstandssitze behielt, von denen nur noch einer geblieben ist. 27 Jahre später ging auch der Sitz der Landeskreditbank und damit zentralörtliche Funktionen verloren. Nach einem vergeblichen Versuch von Ministerpräsident Lothar Späth 1985/86 eine baden-württembergische Großbank zu schaffen, erreichte sein Nachfolger Erwin Teufel 1999 dieses Ziel. Das in Geheimgesprächen vorbereitete Institut knüpfte an die von Späth bevorzugte Zusammenfassung aller öffentlich-rechtlichen Banken des Landes an. SüdwestLB (Mannheim, 1988 aus Bakola und Wükola entstanden), L-Bank (Karlsruhe) und Landesgirokasse (Stuttgart) fusionierten im Januar 1999 mit dem Hauptsitz in Stuttgart und je einem weiteren Sitz in Karlsruhe und Mannheim. Die Förderbank wurde aus der Großbank ausgegliedert und mit Sitz in Karlsruhe belassen. Oberbürgermeister Gerhard Seiler charakterisierte die wenig konkreten Zusagen für Karlsruhe als „ungewissen Scheck auf die Zukunft“ und sah den Finanzplatz Karlsruhe dadurch nicht gesichert.²² Die Förderbank erhalte zwar etwa 800 Arbeitsplätze in der Stadt, bringe aber keinen Pfennig Gewerbesteuer. Insbesondere habe die Stadt nur das Wort des Ministerpräsidenten bis 2001 für einen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle – der Nettoertrag aus dieser Steuer betrug 5,5 Mio. DM – zusammen mit der Stadt Stuttgart zu sorgen. Eine abschließende Beurteilung dieser artikulierten Sorgen ist derzeit noch nicht möglich, da die Umstrukturierung der Bank noch nicht abgeschlossen ist und über die Gewerbesteuerausfälle der Schleier des Steuergeheimnisses liegt.²³

Zweifellos ist mit der noch größeren Landesbank und deren Sitzverlegung nach Stuttgart ein weiterer Schritt in der sich seit 1952 abzeichnenden ungleichen Verteilung der Landesbehörden unterhalb der Ministerien vollzogen. So gab es vor 1952 in Stuttgart 106 Ämter

und Behörden und danach kamen 37 hinzu. In Karlsruhe waren es 90 mit einem Zuwachs von 20. Diese Verteilung hielt die Landesregierung in der Beantwortung einer Anfrage aus dem Landtag von 1975 für sachgerecht. Die Landesregierung bemühe sich, Einrichtungen, die ihren Sitz nicht in der Landeshauptstadt haben müssen nach funktionalen und strukturpolitischen Gesichtspunkten auf andere Städte des Landes zu verteilen und lehne einen „Zentralismus“ in Stuttgart ab. „Neben Stuttgart ist Karlsruhe in besonderem Maße geeignet für Einrichtungen, deren Zuständigkeitsbereich sich auf das ganze Land erstreckt. ... Dies ergibt sich aus der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit dieses Raumes sowie aus der Tatsache, dass Karlsruhe früher die Landeshauptstadt des Landes Baden war.“²⁴ Gleichwohl waren zu diesem Zeitpunkt schon zwei Drittel der zentralen Landesbehörden unterhalb der Ministerien in Stuttgart angesiedelt. In den folgenden 15 Jahren änderte die Landesregierung zum Teil nicht ganz freiwillig praktisch nichts an der Behördenorganisation.

Erst in den 1990er Jahren trat hier eine spürbare Veränderung ein. Das Regierungshandeln Späths war, wie sich beim Versuch zur Gründung der Landesbank zeigte, geprägt von der Planung in großen Zusammenhängen, ohne dabei in den Landesgrenzen zentrale Strukturen anzustreben. Er sah eine besondere Stärke des Landes in seiner Vielfalt. Die wollte er dort fördern, wo dies bei betriebswirtschaftlich „kritischen“ Größen auch Effizienz erwarten ließ wie etwa im Fall des Technologiezentrums Ulm und der Daimler-Benz-Ansiedlung in Rastatt. Unter seinem Nachfolger machten sich dagegen verstärkte Tendenzen einer Zentralisierung bemerkbar. Diese neue Akzentsetzung in der Landespolitik vollzog sich unter den veränderten Rahmenbedingungen einer zunehmenden Globalisierung mit dem Zwang zu einem verstärkten Wettbewerb der europäischen Regionen und zur Verwaltungsreform aus Effizienz- und Sparsamkeitsgründen.

Anfang 1997 trat die Landesregierung mit dem Plan der Schließung von 100 Ämtern und Behörden bei gleichzeitiger Einsparung von 1400 Stellen an die Öffentlichkeit. Schon bei der ersten Durchsicht zeigte sich, dass Karlsruhe davon mit der Schließung von fünf Ämtern

und dem Verlust von 295 Arbeitsplätzen stärker noch als Stuttgart betroffen war.²⁵ Da kurz zuvor mit der Landesregierung in schwierigen Verhandlungen über den Sitz der Oberfinanzdirektion (OFD) ein innerbadischer Ausgleich mit Freiburg erzielt worden war, der Karlsruhe den Sitz der OFD unter Abgabe von 200 Arbeitsplätzen an die Außenstelle Freiburg beließ, protestierte Oberbürgermeister Seiler beim Ministerpräsidenten. Unter Hinweis auf die seit 1994 gegenüber den anderen Großstädten stärker zunehmenden Arbeitslosenzahlen, stellte er fest, es drohe in Karlsruhe jetzt ein nur sehr schwer zu verkraftender Arbeitsplatzabbau. Die Verlagerung von öffentlichen Institutionen nach Stuttgart und in deren Folge die Verlagerung von Unternehmenssitzen – u. a. zwei Versicherungen – dorthin habe am Arbeitsmarkt tiefe Gräben aufgerissen.²⁶

Im Jahr 2000 informierte die Stadtverwaltung den Gemeinderat über Arbeitsplatzverluste durch Behördenverlagerungen. Danach betrug der Verlust bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bzw. bei Unternehmen, an denen Bund oder Land beteiligt sind, seit 1995 im Bundesbereich um 775 Mitarbeiter im Landesbereich knapp 500 Mitarbeiter.²⁷ Der Gemeinderat hatte sich bereits im März 1998 in einer gemeinsamen Entschließung gegen weitere Zentralisierungen von Arbeitskräften und Finanzkraft in Stuttgart gewandt. In der Debatte dämpfte OB Seiler die kämpferische Euphorie der Gemeinderäte, durch den Verweis darauf, dass seit 1952 die Sogwirkung der Landeshauptstadt zugenommen habe und die Möglichkeiten dagegen vorzugehen sich zunehmend verschlechtern würden. Zudem sei Karlsruhe kein gleichberechtigter Partner in den Verhandlungen mit der Regierung und man könne auch nicht auf eine badische Solidarität bauen. In Mannheim, merkte er unter Hinweis auf die territorialen Traditionen Badens an, fühle man kurpfälzisch und in Freiburg gehöre man zu Vorderösterreich. Karlsruhe könne seine Interessen nur im Vorfeld der Entscheidungen von Parlament und Regierung darlegen.²⁸

Die Behördenverlagerungen in den 1990er Jahren, die die Zentralitäts- und Arbeitsplatzverluste in Karlsruhe verursachten, betrafen neben der Landesbank u. a. den Sitz der Bun-

desbahndirektion, der Oberpostdirektion und der Staatlichen Münze, deren Hauptsitze sämtlich nach Stuttgart verlagert wurden.²⁹ Das gleiche gilt für den Sitz der erst mit dem württembergischen Pendant fusionierten und dann privatisierten badischen Gebäudeversicherung. Der ebenfalls fusionierten, mit Doppelsitzen in Stuttgart und Karlsruhe ausgestatteten Landesversicherungsanstalt (mit juristischem Sitz in Karlsruhe) und der Landesbausparkasse (juristischer Sitz in Stuttgart) droht nach ersten Einschätzungen das von Oberbürgermeister Veit 1946 skizzierte Schicksal einer schleichenden Aushöhlung des Standorts Karlsruhe. Das Beispiel des Landesgewerbebeamten, das jetzt deutlich verkleinert wurde und völlig von der Zentrale Stuttgart abhängt, gibt dafür Anschauungsunterricht. Diese vollzogenen bzw. drohenden Zentralitätsverluste führen zu nachlassender Bindung der ansässigen Firmen an ihren Standort und zu geringerer Anziehungskraft für Neuansiedlungen.³⁰

Neben den genannten Verlusten gibt es aber auch Erfolge zu verzeichnen. 1975 kam das neue Landesamt für Umweltschutz nach Karlsruhe, und 1986 siedelte die Landesregierung die neugeschaffene Führungsakademie des Landes hier an. Der Sitz der zusammengeführten Energieversorger des Landes EnBW wurde nach sehr umstrittenen Verhandlungen nach Karlsruhe gelegt. Allerdings zog das Unternehmen nach der Fusion entgegen der Vereinbarung die operative Tätigkeit der Regionalgesellschaft für Baden nach Stuttgart ab. Auf weitere Standortentscheidungen der Konzernleitung wird darüber hinaus nach vollendeter Privatisierung das Land kaum noch Einfluss haben. Für das Naturkundemuseum konnte nach langem Zögern der Landesregierung die Gefahr der Zusammenlegung mit dem Pendant in Stuttgart abgewendet werden. Ebenso zäh verlief der Entscheidungsprozess, den Sitz des aus den beiden Landesbildstellen geschaffenen Landesmedienzentrums nach Karlsruhe zu verge-



Teilansicht des 1969 nach Plänen von Prof. Paul Baumgarten fertiggestellten Neubaus für das Bundesverfassungsgericht am Schlossplatz an der Stelle der Ruine des ehemaligen Hoftheaters. Nach dem Beschluss über den Verbleib des Gerichts in Karlsruhe ist ein Erweiterungsbau in Planung.

(StadtAK 8/BA Verkehrsverein 417)



Oberbürgermeister Prof. Gerhard Seiler bei der Eröffnung des Hallenbaus A im Oktober 1997. Im Hallenbau A sind heute untergebracht das Zentrum für Kunst und Medientechnologie mit dem Museum für Neue Kunst, die Hochschule für Gestaltung und die Städtische Galerie.

(Foto: Bildstelle der Stadt Karlsruhe I 7404)

ben. Einen gewissen Ausgleich für den Verlust der Bundesbahndirektion schuf der Geschäftsbereich Netz der Deutschen Bahn mit seinem Neubau hinter dem Hauptbahnhof. Der Sitz der beiden obersten Bundesgerichte konnte im Anschluss an die deutsche Einheit nach Verhandlungen in der Föderalismusdiskussion des Bundestages ebenfalls gesichert werden. Es wird jedoch künftig für jeden neuen Zivilsenat des BGH ein Strafsenat nach Leipzig umziehen müssen. Diese „Rutschklausel“ bedeutet mittelfristig, dass auch Teile der Bundesanwaltschaft nach Leipzig folgen werden.³¹ Das Bundesverfassungsgericht beschloss ebenfalls seinen Sitz nicht zu verlagern, benötigt für den Verbleib aber einen Erweiterungsbau, der sich in der Planungsphase befindet. Der Verlust des Status der „Residenz des Rechts“ hätte das Karlsruher Selbstverständnis und seine zentral-örtliche Funktion in ihrem Kern verändert.

Bei der Ausstattung mit kulturellen Institutionen hat die Stadt in den vergangenen Jahren hinzugewonnen. Das gestiegene Bildungsni-

veau wie die Verringerung der Lebens- und Jahresarbeitszeit führten seit den 1980er Jahren zu steigenden kulturellen Bedürfnissen. Die Stadtverwaltung erkannte wie das Land, dass „die Ausstrahlungskraft der Stadt nach außen in wachsendem Maße von ihrer kulturellen Attraktivität geprägt“ wird und reagierten mit einem Ausbau der kulturellen Einrichtungen.³² Nach dem Wiederaufbau der Häuser investierten beide nun erhebliche Summen in deren Erweiterung bzw. den Neubau. Staatstheater (1975) und Landesbibliothek (1992) erhielten Neubauten, die Kunsthalle (1990) einen Erweiterungsbau und das Landesmuseum (1993) zusätzliche Ausstellungsräume im Museum am Markt und Mittel für die Renovierung des Schlosses. Für die Staatliche Musikhochschule wurde das ehemalige Schloss Gottesaue in einer Synthese von Rekonstruktion und Neubau 1989 wiedererrichtet. Zu diesen aufgewerteten traditionellen Kulturinstitutionen kamen weitere hinzu, die der Stadt auch internationale Aufmerksamkeit sichern. Das Zentrum für Kunst und Medien-

technologie (ZKM) mit dem Museum für Neue Kunst (MNK) und die Hochschule für Gestaltung (HfG). Sie sind im Hallenbau A der ehemaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (nach 1945 IWKA) untergebracht. Für die 1997 abgeschlossene Restaurierung dieses Industriedenkmals erhielt die Stadt Mittel aus dem Landesprogramm zur Stadtqualitätsverbesserung. Für die laufenden Kosten der Institutionen bringt das Land jährlich etwa 21 Mio. DM auf, die Stadt steuert für ZKM und MNK 9,2 Mio. DM bei.³³ Kürzlich erhöhten Stadt und Land ihre jährlichen Zuschüsse für das ZKM um je 2 Mio. DM.

BEVORZUGUNG STUTTGARTS

Zu dem sich dennoch verstärkenden Eindruck der Ausbildung zentralistischer Strukturen trägt die bevorzugte Behandlung Stuttgarts in vielen Bereichen bei. Sie liegt nach dem Dafürhalten vieler z. T. seit langem weit über dem, was als Hauptstadtbonus zu akzeptieren wäre. Auch wenn die unter Ministerpräsident Späth entwickelte Kunstkonzeption des Landes eine vielfältige Förderung von alten wie neuen Vorhaben im Lande vorsah, war auch da schon eine verstärkte Förderung in Stuttgart zu beobachten (Theaterakademie, Akademie Schloss Solitude, Haus der Gegenwartskunst, Haus des Buchs).³⁴ Aber nicht nur in der Ausstattung steht Stuttgart überproportional gut da, sondern auch bei den Zuschüssen für die staatlichen Kulturinstitutionen. In der Regel erhalten die Stuttgarter Einrichtungen zwischen 25 und 100% mehr Mittel als die Pendanten in Karlsruhe. Ausnahmen bilden die Landesmuseen, die in absoluten Zahlen nahezu gleich behandelt werden, und die Kunstakademien von denen die Stuttgarter mehr als den 2,5-fachen Zubehörsbetrag erhält als die Karlsruher. Sieht man von den absoluten Zahlen ab und nimmt als Bezugsgröße die Besucherzahlen, so bleibt dennoch z. B. für das Stuttgarter Theater pro Besucher 1997/98 ein um DM 10,- größerer Zuschuss als in Karlsruhe.³⁵ Diese Besserstellung der Landeshauptstadt zeigt sich auch bei einer Auswertung der Landeshaushaltspläne für 1979–88, wonach das Land in Stuttgart etwa 1,4 Milliarden DM gegenüber 365 Mio. DM in Karlsruhe investiert hat.³⁶ Hier war die Liste

der erst nach langer Wartezeit ausgeführten Baumaßnahmen bis hin zu dem immer noch ausstehenden Neubau für das Generallandesarchiv lang, während in Stuttgart für weit über 100 Mio. DM die Staatsgalerie erweitert und weitere Kulturbauten wie das umstrittene Haus der Geschichte geplant bzw. in Angriff genommen wurden.

Die Karlsruher Universität verzeichnet bei annähernd gleicher Zahl der Studierenden eine deutlich geringere Hauptnutzfläche und 1992 im wissenschaftlichen Dienst 200 Stellen weniger als die Stuttgarter. Pro Student wandte das Land nach einer Berechnung des Wissenschaftsministeriums in Stuttgart 18 860 DM und in Karlsruhe 8620 DM auf.³⁷ Versuche, im Ministerium mit Hinweis auf diese statistischen Ungleichgewichte die Benachteiligung Karlsruhes zu dokumentieren, werden unter Hinweis auf unterschiedliche Rahmenbedingungen – Campus-Universität Karlsruhe, auf die Stadt verteilte Gebäude in Stuttgart – und das Einbringen unterschiedlicher Bezugsgrößen zurückgewiesen. Unbestritten ist allerdings, dass Karlsruhe in der Forschungsförderung durch das Land besser bedacht wird. Das Land ist heute noch mit 10% am Forschungszentrum Karlsruhe beteiligt und finanziert in diesem Umfang auch die Forschungsprojekte, 1993 z. B. 52 Mio. DM. Für die Errichtung der vom Bund finanzierten Synchrotron-Strahlenquelle in Karlsruhe hat sich insbesondere Ministerpräsident Teufel eingesetzt, da der Bund diese für die Karlsruher Mikrostrukturen-Forschung (Nano-Technologie) existentiell notwendige Investition von 45 Mio. DM im Osten tätigen wollte.

Dass in Karlsruhe nicht nur im Rathaus und in der Industrie- und Handelskammer mit wachsamem Blick Zentralitätsverluste beobachtet werden,³⁸ legt nach Einschätzungen mancher Interpreten auch der Verlust der beiden CDU-Direktmandate in Karlsruhe bei der jüngsten Landtagswahl nahe. Dieser wird auch als Resultat der anhaltenden und in den vergangenen Jahren besonders deutlichen Zentralitätsverluste interpretiert.³⁹ Die aus der Karlsruher Perspektive erkennbare Bevorzugung Stuttgarts und deren Herunterspielen durch die Landespolitiker führte offensichtlich zu einer gewissen Reserviertheit gegenüber der Landesregierung.



Gelände der Karlsruher Raffinerien am Rhein, wo der Betrieb auch bei Nacht nicht stillsteht (StadtAK 8/BA Verkehrsverein 3295)

die sich in manchen badischen Landesteilen und besonders in Karlsruhe noch immer bzw. erneut verstärkt findet. Aktuelle Nährstoff erhält diese Einstellung durch die Haltung der Landesregierung bei der Finanzierung der Landesmesse bei Stuttgart und der Regionalmesse in Karlsruhe, Freiburg und Friedrichshafen.

ZENTRUM DER TECHNOLOGIEREGION

Die Karlsruher Lokalpolitik hat in der Vergangenheit bei der Weiterentwicklung der Stadt immer zuerst auf eigene Kraftanstrengungen gesetzt, für deren Verstärkung sie, wo nötig, die Hilfe der Landesregierung erbat. So reagierte sie auch auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, der sich in den 1960er Jahren mit stagnierenden Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe angekündigt und danach verstärkt fortgesetzt hatte. Besonders betroffen von den Veränderungen waren die einst führen-

den metallverarbeitenden und elektrotechnischen Betriebe, von denen mehrere ihre Produktion einstellten, in erheblichem Umfang Arbeitsplätze abbauten oder ihre Produktionsstätten aus der Stadtgemarkung hinaus verlagerten. Umstrukturierungen gab es durch den Zusammenschluss der Oberrheinischen Mineralöl Werke (vormals DEA) und der Esso zur MiRO 1997 auch bei den Raffinerien, in dessen Folge der Umschlag im städtischen Ölhafen um 50% sank.⁴⁰ Trotz dieser Rückschläge verzeichnete Karlsruhe Dank der vielfältigen Branchenstruktur und der mittelständischen Prägung der Wirtschaft in der ersten Hälfte der 1990er Jahre erstmals in einer Abschwächungsphase der Wirtschaft günstigere Werte als die klassischen Industriestandorte des Landes. Dem Verlust von 7000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe stand seit 1975 bis 1998 ein Gewinn von 19 000 im Bereich der modernen, unternehmensnahen Dienstleistungen gegenüber. Zudem verfügte das Wirtschaftszentrum der Region nicht zuletzt dank seiner zentralen

Lage im europäischen Verkehrsnetz über Entwicklungspotentiale. Es konnten Gewerbeflächen erschlossen werden, es gab ein qualifiziertes Arbeitskräftereservoir, das aus den ausdifferenzierten Ausbildungsstätten hervorging. Das know-how von Wissenschaft und Technik vor Ort führte zu einem beachtlichen Standortvorteil.

Vor diesem Hintergrund entstand 1984 auf Betreiben der Stadt die Karlsruher Technologiefabrik, die vom Land finanziert und von der IHK geführt wird.⁴¹ Dieses Zentrum für Existenzgründungen fand in den leerstehenden Gebäuden einer früheren Nähmaschinenfabrik einen geeigneten Standort, der bald von 3500 m² auf 18 000 m² wuchs. Die zentrale Innenstadtlage mit der Nähe zur Universität, günstige Mieten und Kredite und eine intensive Beratung der Existenzgründer führten zum Erfolg. Mehr als 150 Firmen verließen inzwischen die Gründungsstätte, 3000 neue Arbeitsplätze entstanden nicht zuletzt auch als Folge des raschen Transfers von Forschungsergebnissen in marktgängige Produkte. Der Ruf der Stadt als bedeutender Forschungs- und Technologiestandort wurde gefestigt. Als Modellregion für Existenzgründer erhält Karlsruhe seit 1999 Fördermittel des Bundes und wurde von der EU ausgezeichnet.



Unterzeichnung des Gesellschaftervertrages über die TechnologieRegion Karlsruhe im März 1987 durch sieben Oberbürgermeister. Von links: Franz J. Rothenbiller/Rastatt, Thomas Schäuble/Gaggenau, Erwin Vetter/Ettlingen, Gerhard Seiler/Karlsruhe, Ulrich Wendt/Bühl, Bernd Doll/Bruchsal, und Paul Metzger/Bretten. Im November 1987 traten die Stadt Baden-Baden sowie die Landkreise Karlsruhe und Rastatt der TechnologieRegion bei.

(Foto: Bildstelle der Stadt Karlsruhe)

Die Karlsruher Kommunalpolitik ging aber noch einen Schritt weiter. In der schwierigen ökonomischen Situation Mitte der 1980er Jahre griff der gerade zum Oberbürgermeister gewählte Prof. Gerhard Seiler eine Idee von Erwin Vetter auf und regte an, die Kirchturmpolitik zu überwinden und das Konkurrenzdenken gegenüber dem nächsten Nachbarn durch eine Partnerschaft in der Region zu ersetzen. Im Zeichen des europäischen Binnenmarktes würden einzelne Gemeinden im harten Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze kaum noch Chancen haben zu bestehen. Erstmals in Europa schlossen sich daraufhin 1987 Städte und Landkreise auf freiwilliger Basis zusammen, um ihre Innovationskraft zu bündeln, gemeinsam regionalpolitische Interessen zu vertreten und eine gemeinsame Marketingstrategie zu verfolgen.⁴² Mit dem Zusammenschluss können z. B. die Reserveflächen für Gewerbeansiedlungen in einer zentralen Lage im Schnittpunkt europäischer Verkehrsachsen gemeinsam vermarktet werden. Deren Ausbau und die Vernetzung der Region mit dem französischen Schnellbahnnetz gehören folgerichtig zu den Zielen der TechnologieRegion. Diese verfügt mit dem Baden-Airport jetzt auch über einen leistungsfähigen Anschluss an den Luftverkehr.⁴³ Mit ihrem Nahverkehrsnetz, das auf der in Karlsruhe entwickelten Zweisystemtechnik beruht und Stadtbahnverkehr auf Bundesbahn- und Straßenbahngleisen mit den selben Fahrzeugen ermöglicht, verfügt die Region zudem über ein weltweit beachtetes ÖPNV-Modell.⁴⁴ In dem Begriff TechnologieRegion, der für den Zusammenschluss gewählt wurde, ist die besondere Struktur und Kompetenz der Region ausgedrückt, die auf einer hohen Konzentration technologischen Wissens beruht. Die Karlsruher Universität mit der größten Informatik-Fakultät in der Bundesrepublik, die Hochschule für Technik (FH), das Kernforschungszentrum (heute Forschungszentrum) mit den neuen Schwerpunkten Umweltforschung und Mikrosystemtechnik sowie drei Fraunhofer-Institute versammeln ein Forschungspotential, das im Bundesvergleich zu einer außergewöhnlich hohen Forscherdichte in der Region Karlsruhe führte.

Innerhalb der TechnologieRegion nimmt Karlsruhe zweifellos eine Sonderstellung ein.

Die Stadt bildet durch ihre Herkunft als ehemalige Landeshauptstadt und ihre Tradition als Kultur- und Bildungszentrum sowie durch ihre in der Nachkriegszeit erworbene Wirtschaftskraft das natürliche Zentrum der Region. Die TechnologieRegion gewann in Verbindung mit ihrem hochwertigen kulturellen Angebot und den Freizeitqualitäten gegenüber anderen Verdichtungsräumen Vorteile, die sich in den letzten Jahren immer wieder in top-ten-Platzierungen bei diversen europa- und deutschlandweiten Rankings von Städten und Regionen niederschlugen.⁴⁵ Bei kritischer Betrachtung der derzeitigen Organisations- und Kooperationsformen in der TechnologieRegion fallen freilich die in jüngster Zeit sich mehrenden Stimmen auf, die eine straffere Führungsstruktur, eine Optimierung der Organisation, eine Minimierung des Kirchturmdenkens und auch eine Demokratisierung durch ein Regionalparlament als notwendig erachten, um die TechnologieRegion sowohl nach innen zu stärken wie auch in der Außenvertretung schlagkräftiger zu machen.

PERSPEKTIVEN

Wie alle Ministerpräsidenten des Landes beharrt auch Erwin Teufel darauf, dass es wie in den zurückliegenden Jahrzehnten auch in Zukunft im Lande gerecht zugehen werde. Allerdings macht er im Unterschied zu seinen Vorgängern deutlich, dass die besondere Förderung von Stuttgart lebensnotwendig für eine gute Entwicklung des ganzen Landes sei.⁴⁶ Die Region Stuttgart ist in der Tat die Landesregion mit der höchsten Einwohnerdichte und der mit Abstand höchsten Wirtschaftskraft. Teufel beschwört so einerseits den Gründungskonsens der gerechten Behördenverteilung im Land und insbesondere zwischen Stuttgart und Karlsruhe. Der zweite Teil von Teufels Aussage dokumentiert andererseits, dass über diesen Konsens „die Zeit weitgehend hinweggegangen ist“, wie OB Seiler 1997 beklagte⁴⁷. Er vermerkte, dass jede sachliche Argumentation zugunsten Karlsruhes in Stuttgart als Stilisierung der „Badenfrage“ gesehen würde. Das Stichwort „Badenfrage“ mutiere so zum „Totschlagargument“, um alle Wünsche, Forderungen und Anregungen aus Karlsruhe zu blockieren. Es ist

daher im Hinblick auf bevorstehende Fusionen badischer und württembergischer Institutionen abzusehen, dass noch mancher Protest vorzutragen sein wird, in dem Bemühen weitere Zentralitätsverluste abzuwehren. Dies gilt vor allem auch deswegen, weil der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) den „Ausbau der Landesmitte [...] als Europäische Metropolregion“ als Leitziel proklamiert. Wenn in diesem Sinne zur Stärkung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des Landes in Stuttgart Institutionen und Infrastrukturen mit internationaler Bedeutung anzusiedeln sind, so kann dies nur zu Lasten der anderen Regionen des Landes und damit auch Karlsruhes gehen.⁴⁸ Es ist unschwer vorherzusehen, dass die Durchsetzung dieses Ziels auf heftigen Widerstand außerhalb Stuttgarts stoßen wird. Denn anders als Bayern verfügt das Land aufgrund seiner historischen Traditionen über keine im Bewusstsein der Bewohner verankerte und akzeptierte Landesmitte.

Wenn man als Konstante des Karlsruher Geschicks in Baden-Württemberg das fortwährende Ringen um eine möglichst dezentrale staatliche Organisation betrachtet, das bereits mit Veits eingangs zitierter Forderung einsetzte, dann muss man zugleich die neue Qualität unterstreichen, die im Vergleich zu 1946 heute hinter diesem Streben steht. Die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation ist nicht mehr nur eine Frage der historischen Tradition und des Zusammenwachsens der Landesteile als vielmehr auch eine der ökonomischen Effizienz und der ökologischen Nachhaltigkeit. Der hohen Siedlungsdichte in der Region Stuttgart, die bereits zu im innerdeutschen Vergleich besonders hohen Infrastrukturkosten geführt hat, setzt man aus der Sicht der Regionen am Oberrhein das Modell der „anderen Metropole“ entgegen. Als Alternative zur städtischen Agglomeration setzt man auf die vernetzte Städtelandschaft, mit effektiven dezentralen Strukturen, die auf die Hierarchisierung des LEP verzichtet. Dies böte bessere Möglichkeiten einer am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Landesentwicklung.⁴⁹

Die polyzentrische Siedlungsstruktur am Oberrhein liegt im Zentrum der sogenannten Eurobanane. Dieser von England über Benelux, das Rheinland, den Oberrhein und Norditalien

reichenden Achse wird eine besondere Entwicklungsdynamik bescheinigt. Daraus wird im übrigen gelegentlich auch ein Ansatz zu einer von Stuttgart unabhängigen Entwicklungsperspektive des Oberrheins zwischen Basel und Frankfurt abgeleitet. Aufgrund der europäischen Traditionen dieses Raumes und seiner seit Jahrzehnten gepflegten europaweiten wissenschaftlichen Kooperationen kommt dem Oberrhein für die internationale Verflechtung des Landes aber in jedem Fall eine weit bedeutendere Rolle zu als sie der LEP-Entwurf beschreibt.⁵⁰ So würde denn aus der Karlsruher Sicht die Stärkung des Landes nicht durch eine Stärkung der Mitte erreicht. Es gelte vielmehr die Entwicklungspotenziale und -ressourcen der Region Stuttgart mit denen des Oberrheins zu verknüpfen, um dem Anspruch einer europäischen Metropolregion gerecht werden zu können. In diesem Sinne wird wohl die bereits erste zumindest verbale Wirkungen in Stuttgart zeigende Auseinandersetzung um das rechte Maß von Zentralität und Dezentralität zwischen der Landesregierung, dem Parlament, den Städten Stuttgart und Karlsruhe sowie anderen badischen wie württembergischen Landesteilen zum Wohle des Landes in Zukunft verstärkt weitergeführt werden müssen.

Anmerkungen

* Der folgende Text ist die erweiterte Fassung meines Beitrages in dem von Paul Ludwig Weinacht herausgegebenen Band „50 Jahre Badische Regionen am Oberrhein“, der anlässlich des Landesjubiläums erscheint.

1 S. Schreiben OB Hermann Veit an den Ministerpräsidenten vom 15. Juli 1946, Stadtarchiv Karlsruhe (StadtAK) 1/HReg 756. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die ausführliche, quellenbelegte Darstellung der Nachkriegsentwicklung Karlsruhes: Manfred Koch, „Trümmerstadt, Residenz des Rechts, Zentrum der TechnologieRegion – Wechselvoller Weg in die Gegenwart“, in: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, hrsg. von der Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, Karlsruhe 1998, S. 519–675. Im Folgenden werden nur Zitate und in der Stadtgeschichte nicht benutzte Quellen nachgewiesen. Für aufschlussreiche Gespräche und/oder kritische Lektüre des Textes danke ich Otto Dullenkopf, OB a. D., Dr. Jürgen Morlok, Prof. Robert Mürb, Prof. Dr. Gerhard Seiler, OB a. D., Dipl. Ing. Martin Stieghorst und Dr. Erwin Vetter, MdL.

- 2 S. StadtAK, Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzung vom 23. Dezember 1946.
- 3 S. Schreiben Veit an Ministerpräsidenten (wie Anm. 1).
- 4 S. Dieter Langewiesche, Liberale Traditionen im deutschen Südwesten, in: Hans-Georg Wehling, Dieter Langewiesche u. a., Baden Württemberg. Eine politische Landeskunde Teil II (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 18, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Stuttgart, Berlin, Köln 1991, S. 27.
- 5 Vgl. dazu Uwe Uffelman, Identitätsstiftung in Südwestdeutschland. Antworten auf politische Grenzbeziehungen nach dem zweiten Weltkrieg, Idstein 1996. Unter den zahlreichen Quellen in diesem Band s. a. S. 157–167 die beiden Regierungserklärungen Gebhard Müllers vom 28. Oktober und 9. Dezember 1953, in denen der „Gründungskonsens“ der gerechten und gleichen Behandlung der Landesteile am Ende der Verfassungsberatungen noch einmal formuliert wurde.
- 6 Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, unter Mitwirkung von Franz Zilken hrsg. von Josef Becker, Stuttgart 1964, S. 355.
- 7 Vgl. dazu den Beitrag von Klaus-Jürgen Matz: (Süd-) Baden 1945–52 in dem in Vorbereitung befindlichen weiteren Band des Handbuchs zur Geschichte von Baden-Württemberg. Klaus Jürgen Matz danke ich für die Einsichtnahme in sein Manuskript.
- 8 Vgl. Badische Neueste Nachrichten (BNN) vom 10. Dezember und vom 14. Dezember 1951.
- 9 Zitiert nach: Robert Albiez u. a.: Der überspielte Volkswille. Die Badener im südwestdeutschen Neugliederungsgeschehen (1945–1970). Fakten und Dokumente, Karlsruhe 1992, S. 345.
- 10 So der Kommentar in den BNN vom 10. Dezember 1951.
- 11 Vgl. die Presseberichte: Karlsruher Neue Zeitung vom 31. Dezember 1949 und BNN vom 23. November 1950, Rheinischer Merkur vom 7. Februar 1948, Süddeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1948, BNN vom 15. November 1950, BNN vom 8. Dezember 1951, Badische Allgemeine Zeitung vom 10. Dezember 1951.
- 12 Vgl. auch zum Folgenden Jürgen Schuhladen-Krämer, Aus Ruinen in die Spitzengruppe der Rheinhäfen, in: Ernst Otto Bräunche (Hrsg.), Rheinhafen Karlsruhe 1901–2001 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Band 22), Karlsruhe 2001, S. 163–236.
- 13 Zitiert nach ebda., S. 199.
- 14 S. BNN vom 9. Juli 1959.
- 15 Vgl. Willi A. Boelcke, Die gewerbliche Wirtschaft, Förderpolitik und Leistungen, in: 40 Jahre Baden-Württemberg. Aufbau und Gestaltung 1952–1992. (Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg und in Verbindung mit der amtlichen Landesbeschreibung hrsg. von Meinrad Schaab), Stuttgart 1992, S. 381 ff.
- 16 Vgl. ebenda, S. 393–396.
- 17 S. Geleitwort zum Kulturbericht der Stadt Karlsruhe 1961/62.

- 18 Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind hier zu nennen: Hermann Veit, Franz Gurk, Otto Dullenkopf, Alex Möller, Traugott Bender, Gerhard Seiler.
- 19 S. BNN vom 8. Juni 1970.
- 20 Vgl. die beiden Schreiben von OB Otto Dullenkopf an den Ministerpräsidenten vom 25. Mai 1971 und 24. Januar 1972 sowie die Pressemitteilung Nr. 101/72 von Ministerpräsident Hans Filbinger vom 23. Februar 1972 in StadtAK 8/ZGS 73.
- 21 S. Landtag von Baden-Württemberg, 5. Wahlperiode, Sitzung vom 23. März 1972.
- 22 S. BNN vom 16. Juli 1998; vgl. zur Bankenfusion auch StadtAK 8/ZGS 73.
- 23 Vgl. ebenda und Landtag von Baden-Württemberg, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5046 vom 4. April 2000.
- 24 S. Landtag von Baden-Württemberg, 6. Wahlperiode, Drucksache 6/7256 vom 5. März 1975.
- 25 Vgl. Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg vom 14. Januar 1997 Nr. 07/97 und die Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Anfrage der CDU im Karlsruher Gemeinderat, Ratsschreiberei der Stadt Karlsruhe, Gemeinderatsprotokolle, Sitzungen vom 17. Juni 1997.
- 26 Vgl. Stadt Karlsruhe, Hauptregistratur, Akten Nr. 790.24.
- 27 Vgl. Stellungnahme des Oberbürgermeisters zur Anfrage der SPD im Karlsruher Gemeinderat, Ratsschreiberei der Stadt Karlsruhe, Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 14. November 2000.
- 28 Vgl. Ratsschreiberei der Stadt Karlsruhe, Gemeinderatsprotokolle, Sitzung vom 17. März 1998.
- 29 Vgl. dazu auch Landtag von Baden-Württemberg, 12. Legislaturperiode, Drucksache 12/1985 vom 1. Oktober 1997.
- 30 Vgl. Industrie & Handel, Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Juli 7/95, S. 8.
- 31 Vgl. Kay Nehm, Eine oberste Justizbehörde zieht um. Geschichte und Neubau der Bundesanwaltschaft, in: Jenseits der Brauerstraße. Der Hallenbau A krönt eine neue Stadtlandschaft, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe, 1997, S. 137-151, S. 146 ff.
- 32 S. Stadtentwicklungsbericht '89. Analysen, Prognosen, Strategien zur Stadtentwicklung, Hrsg. Stadt Karlsruhe, Karlsruhe 1989, S. 86.
- 33 Vgl. Hauptregistratur der Stadt Karlsruhe, Akten Nr. 797.5275, Heft 1.
- 34 Vgl. Hannes Rettich, Kunstförderung, in: 40 Jahre Baden-Württemberg (wie Anm. 15), S. 557-589.
- 35 Vgl. die Zahlen in der Landesstatistik für 1998.
- 36 Vgl. wie Anm. 33.
- 37 Vgl. BNN vom 18. April 2000.
- 38 Zur Analyse der Stuttgarter Zentralitätsgewinne vgl. die fundierte IHK-Studie: Hans-Jörg Schmidt-Trenz/Stefan Schäfer, Zentralisation oder Dezentralisation - das ist die Frage, Standortdiskussion Baden-Württemberg, Herausforderung an die Landes- und Regionalpolitik, Karlsruhe 1993.
- 39 Zum Wahlergebnis und der Kommentierung in Karlsruhe, in der auch die 1993 gegründete Landesvereinigung Baden in Europa e. V. eine Rolle spielte, vgl. die Berichterstattung der BNN und die darin abgedruckten Leserbriefe vom 25. März - 7./8. April 2001.
- 40 Vgl. Rheinhafen Karlsruhe (wie Anm. 12), S. 246 f.
- 41 Zur Technologieförderung durch das Land vgl. Boelcke (wie Anm. 15), S. 404 ff.
- 42 Vgl. TechnologieRegion Karlsruhe. Die Wirtschaft am Mittleren Oberrhein im Wandel (Monographien Deutscher Wirtschaftsgebiete), Oldenburg 1988.
- 43 Vgl. Manfred Koch/Jürgen Morlock (Hrsg.), Von Graspisten zum Baden-Airpark. Luftfahrt in Mittelbaden, Karlsruhe 1999.
- 44 Vgl. Manfred Koch (Hrsg.), Unter Strom. Geschichte des öffentlichen Nahverkehrs in Karlsruhe (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Band 20), Karlsruhe 2000.
- 45 Vgl. z. B. Stadtzeitung. Amtsblatt der Stadt Karlsruhe vom 30. März 2001.
- 46 Vgl. BNN vom 26. Januar 1993.
- 47 Vgl. auch zum Folgenden BNN vom 29. August 1997.
- 48 Vgl. Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg. Entwurf (Stand 3. Juli 2000), Beschluss der Landesregierung vom 18. Juli 2000.
- 49 Vgl. Martin Einsele (Hrsg.), Der Oberrhein - Die andere Metropole, Beitrag des Landes zur 17. Triennale in Mailand 1988; Lebensraum Oberrhein... eine gemeinsame Zukunft. Raumordnung für eine nachhaltige Entwicklung ohne Grenzen (Studie zu einem Orientierungsrahmen für das Oberrheingebiet, Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz 1999), Karlsruhe 2000; vgl. ferner die in öffentlicher Sitzung der Verbandsversammlung Mittlerer Oberrhein am 13. Dezember 2000 verhandelte Stellungnahme des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein zum Entwurf des Landesentwicklungsplans, Registratur des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein, Karlsruhe.
- 50 Zur internationalen Wissenschaftskooperation z. B. der Universität Karlsruhe vgl. Heinz Kunle/Stefan Fuchs (Hrsg.), Die Technische Universität an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift zum 175-jährigen Jubiläum der Universität Karlsruhe (TH), Berlin, Heidelberg 2000, passim.

Anschrift des Autors:
 Dr. Manfred Koch
 Neue Heimat 14
 76327 Pfinztal